

Er scheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M., fürs  
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

# Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3 gepaltene Pestzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Ederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 52 .: 29. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-  
straße 106 .: Telefon: Amt Morkhplatz, 2120

Berlin, den 24. Dezember 1915

Der zwölfte Monatsbeitrag (für männliche Mitglieder 50 Pf., für weibliche 25 Pf.)  
ist am 25. Dezember fällig.

## Mitteilung der Redaktion.

Die nächstfolgende Nummer unserer Ver-  
bandszeitung erscheint am Freitag, den 7. Ja-  
nuar als erste Nummer des Jahrgangs 1916.  
Redaktionschluss: Montag, den 3. Januar.

Inhalt: Mitteilung der Redaktion — Beitragsleistung.  
— An unsere Mitglieder. — Unter Weihnachtshoffen.  
— Eine Gauleiterkonferenz. — Arbeiterinteressen und Kriegs-  
ergebnis. — Arbeiterinnenlöhne und die Arbeitgeverteilung.  
— Soziales. — Rundschau. — Bekanntmachung des  
Zentralvorstandes. — Anzeigen.

Für die Woche vom 26. Dezember 1915 bis  
1. Januar 1916 ist der 53. und für die Woche  
vom 2. bis 8. Januar der 1. Wochenbeitrag  
fällig. Nur wer dem Verbande gegenüber durch  
pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt,  
sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine  
Unterstützung aus Verbandsmitteln.

## An unsere Mitglieder!

In der am Sonntag, den 12., und Montag, den  
13. Dezember, abgehaltenen Konferenz haben Vor-  
stand, Ausschuss und Gauleiter gemeinschaftlich über  
die Lage des Verbandes beraten. Soweit die Be-  
schlüsse an die Bestimmungen unseres Statuts an-  
knüpfen, weisen wir an dieser Stelle darauf hin.  
Danach soll auch im künftigen Jahre von der Ein-  
berufung des

### ordentlichen Verbandstages

abgesehen werden, wenn die politischen Verhältnisse  
sich nicht wesentlich geändert haben. Vorstand und  
Ausschuss bleibt es überlassen, einen näheren Termin  
zu bestimmen.

### Die Arbeitslosenunterstützung

soll ab 1. Januar 1916 zu den Tageslöhnen des Sta-  
tuts, also in alter Höhe, wieder zur Auszahlung ge-  
langen.

Das Regulatorium für

### die Krankenunterstützung

erhält nachstehenden Zusatz zum § 4 Absatz 2:

Wird an einem Orte durch die Krankenkasse das  
Krankengeld gemäß § 189 RVO., Entscheidung des  
Reichsversicherungsamtes vom 16. November 1914,  
gekürzt, weil die Krankengeldbezüge insgesamt mit  
der Krankenunterstützung des Verbandes den täglichen  
Arbeitsverdienst übersteigen, so wird die Verbands-  
unterstützung um den Betrag herabgesetzt, der den  
durchschnittlichen Verdienst übersteigt.

In diesen Fällen wird die Unterstützungsdauer  
von 30, 42, 54 und 66 Tagen bei männlichen und  
27, 40, 53 und 67 Tagen bei weiblichen Mitgliedern

verlängert, so daß sie die ihnen zuteilende Höchst-  
summe von 30—66 resp. 20—50 Mt. erhalten können.

### Hinterbliebenenunterstützung.

Der Vorstandsvorstand wurde ermächtigt, nach  
Auflösung des Sammelfonds auch weiterhin den  
Frauen der gefallenen Mitglieder sowie den Eltern  
lebiger Mitglieder, welche den staatlichen Unter-  
stützungsschein besitzen, eine Unterstützung in der  
Höhe der Hälfte der tatsächlichen Beerdigungsbe-  
hilfe aus Verbandsmitteln auszus zahlen, auf  
die das verordnete Mitglied beim Eintritt in das  
Heer bezugsberechtigt war. Ein gesetzliches Recht auf  
diese Unterstützung steht den Hinterbliebenen nicht zu.

### Beitragsleistung der Kriegsbeschädigten

wurde wie folgt geregelt: Kriegsbeschädigte, welche  
durch Paß ihre enghätige Entlastung aus dem Heere  
nachweisen und erheblich in ihrer Erwerbstätigkeit  
beschränkt sind, können von dem Rechte Gebrauch  
machen, das durch den § 6 Absatz 5 des Statuts ge-  
geben ist, wodurch ihnen die Beitragsleistung der  
weiblichen Mitglieder gestattet wird.

Die Beschlüsse treten mit dem 1. Januar 1916  
in Kraft.

Wir hoffen mit den Teilnehmern der Konferenz,  
daß diese Beschlüsse überall gut aufgenommen werden,  
daß wir recht bald in die Lage versetzt werden, wieder  
Friedensarbeit leisten zu dürfen. In diesem Sinne  
wünschen wir unseren Mitgliedern ein gutes und ge-  
sundes neues Jahr.

Der Ausschuss

J. A.: Hermann Wolf.

Der Vorstand

J. A.: P. Plum.

### Unter Weihnachtshoffen.

Winterfönnenwende! Alljährlich wenn die  
Sonne ihren Tiefstand überschritten hat, feierten  
unsere Vorfahren, die heidnischen Germanen,  
das Fest der Winterfönnenwende. Bei Schmaus  
und Gelage wurden große weitleuchtende  
Freudenfeuer angezündet. Opfergaben, die den  
großen Göttern Thor und Freya geweiht waren,  
sollten eine Veröhnung mit ihnen herbeiföhren,  
damit die kommende Feldarbeit den erhofften  
Ernteegeben bringe. Reste dieser Feier haben sich  
bis auf den heutigen Tag erhalten.

Das Eindringen des Christentums, im  
vierten Jahrhundert unserer Zeitrechnung, ver-  
mochte dieser Feier keinen Abbruch zu tun. Im  
Gegenteil, stets zu Kompromissen geneigt, be-  
ließen es die Heidenbeföhrer bei dem Winter-  
fönnenwendefest. Nur eine andere Deutung  
legten sie ihm bei. Auf Grund mystischer Be-  
rechnungen wurde der Geburtstag des biblischen  
Jesu, des Begründers der christlichen Religion,  
des Heilandes und Erlösers der Menschheit, auf  
die Zeit der Winterfönnenwende festgelegt und  
dazu der 25. Dezember auserkoren.

Friede auf Erden und den Men-  
schen ein Wohlgefallen! Diese Heils-  
botschaft wird schon nahezu zwei Jahrtausende  
verkündet, in ihrem Sinne wird die Weihnachts-  
feier festlich begangen. Persönlich mag man zu  
dem märchen- und jagemwobenen Feste stehen  
wie man wolle, sicher ist, keines aller Feste löst  
soviel Freude bei groß und klein, soviel Ja-  
willensinn und kinderjubiläum aus, wie gerade das  
Weihnachtsfest. Einer altbergebrachten guten  
Sitte gemäß trachtet auch der Kernele danach,  
die Seinen an diesem Tage zu beschenken, ihnen  
eine Freude zu bereiten. Wer es irgend ermö-  
glichen kann, schmückt eine Tanne mit Goldpapier,  
Nesseln, Küßeln und brennenden Lichtlein.  
Wägen draußen die Winterstürme noch so brau-  
sen, Eis und Schnee die Flur bedecken, ja leider  
oftmals Not und Sorgen das Gemüt der Eltern  
bedrücken, die flackernden Lichte verheiden auf  
kurze Zeit alles Trübsal und spenden Hoffnung  
auf eine bessere, glücklichere Zukunft.

Noch anders war's schon im vorigen Jahr,  
noch schlimmer sieht's in diesem aus. Die zweite  
Kriegsweihnacht! So kurz die Bezeichnung und  
doch so inhaltschwer! Fast jede Familie hat  
eines ihrer Mitglieder draußen im Felde. Es  
fehlt den Frauen der Gatte, den Kindern der  
Vater, den Eltern die Söhne, der Schwester der  
Bruder, der Braut der zukünftige Lebensgenoss.  
Tausende und Abertausende Krieger deckt bereits  
der bleiche Rajen, Millionen und Abermillionen  
halten treue Wacht, überwinden Frost und Un-  
wetter, damit die Daheimgebliebenen, ihre  
Lieben, von den ärgsten Kriegsnöten bewahrt  
bleiben.

Ihnen, den treuen unermüdeten Kämpfern  
gilt unser Denken, Föhlen und Wünschen. Möge  
der schreckliche Krieg bald sein Ende finden, da-  
mit sie wieder gesund an Geist und Körper, in  
alter Schaffenskraft sich der Friedensarbeit wid-  
men können.

Die zweite Kriegsweihnacht ist bei dem  
größten Teil des Volkes kein Fest der Freude,  
bei niemandem ein Fest des Friedens. Die Kin-  
der des Proletariats werden in diesem Jahre, mit  
wenig Ausnahmen, auf den lichtergerücktesten  
Weihnachtsbaum und auf Weihnachtsgeschenke  
verzichten müssen. Reicht doch der Verdienst,  
noch weniger die Kriegsunterstützung aus, um  
die dringendsten Bedürfnisse des Lebensunter-  
halts bestreiten zu können. Was die ärgeren  
Feinde nicht vermochten, die Kriegswüterer, die  
eigenen „Volksgegner“ haben es fertig gebracht,  
daß die meisten Arbeiterkinder der winzigsten  
Weihnachtsfreude nicht teilhaftig werden.

Doch was sie uns nicht rauben konnten, ist  
die Hoffnung auf eine bessere, glücklichere Zu-

simil. Wie die Uragewalt der immer höher steigenden Sonne endlich den letzten Rest von Schnee und Eis überwältigt, wie es ihren wärmenden Strahlen gelingen wird, die Natur aufs neue zu beleben, wie dem Winter doch der Frühling folgt, so gewiß ist es auch, daß die harte Leidenszeit, die Geißel der Menschheit, endlich an uns vorübergehen wird.

Der Krieg mit seinen Wüten konnte uns das Licht des Sozialismus nicht undüßtern. Besser denn je tritt es aus dem bewölkten Himmel hervor, uns zu unserem Siege voranzuleuchten. Was dem Christentum während der 2000 Jahre seines Bestehens nicht gelingen in den Menschen Frieden und Wohlgefallen zu bringen, der Sozialismus wird es erreichen. Seine Lehre gilt es in alle Welt hinauszutragen, ihm zu Ehren wird einst die Menschheit alle Grenzpfähle zusammentragen, sie hoch aufschichten, ein Feuersfeuer anzünden, auf das alle Welt von ihm beleuchtet und erleuchtet wird.

Diese frohe Hoffnung härtet und richtet uns auf. Sie verleiht unseren heldenmütigen Söhnen und Brüdern neuen Mut und neue Kraft, soll doch dieser Weltkrieg der letzte sein, der jemals die Menschheit heimgesucht hat.

Der kommende Friede muß mit dem Geiste des Sozialismus durchtränkt, auf Menschenliebe und Solidarität aufgebaut sein. Dann wird sich auch um alle Völker des Erdennunds das Band der Einigkeit schlingen. Eine wahrhaft herrliche, heilige Aufgabe offenbart sich uns, die zu lösen allein das Proletariat aller Länder berufen ist. Ist sie gelöst, und sie wird gelöst, wenn wir nur wollen, dann ist die Zeit gekommen, wo wir unter Weihnachtsfest feiern, das Fest des Friedens und Wohlgefallens aller Menschen auf Erden.

**Eine Gauleiterkonferenz**

Die zweite während des Weltkrieges, fand am 12. und 13. Dezember in den Räumen des Verbandsvorstandes statt, um zu wichtigen, gewerkschaftlichen Tagesfragen Stellung zu nehmen und, so weit es sich für die Zukunft überlegen läßt, Maßnahmen zu treffen, durch welche der Verband allzeit nach jeder Seite hin schlagfertig gerüstet dastehet. Auch Ergänzungen und Nachträge zu den Satzungen wurden geschaffen, wonach die Arbeitslosenunterstützung wieder in aller Höhe zur Auszahlung gelangen kann. Auch den Angehörigen der im Kriege gefallenen Mitglieder soll die Hälfte der statutarischen Beerdigungsbeträge gewährt werden. Doch wollen wir nicht im einzelnen vorzuziehen und uns streng an die Erledigung der Tagesordnung halten.

In seinem Bericht über die Lage des Verbandes streifte Kollege Plum die erfolgreiche Initiative für unseren Verband. Wenn damit auch eine große Mutation verbunden war, so lag das in der Gewissheit daran, daß lautiende Berufstrender die Mitgliedschaft wohl erworben, sie aber mit dem Austritt aus ihrer Beschäftigung als Kriegsteilnehmer auch wieder verloren haben. Als dauernder Erfolg kann die Gewinnung gelehrter Sattler aus den Kleinfabriken und vom Lande gebucht werden, die früher nicht von der Migration erfaßt werden konnten. Durch den starken Mitgliederzuwachs und durch die Masseneinstellung zum Heeresdienst ist auch die Finanzgebarung des Verbandes stark beeinflusst. Die Erneuerung aus den Beiträgen hielt nicht um dem Mitgliederzuwachs gleichen Schritt. Wenn dennoch das Vermögen des Verbandes ansteigen ist, so liegt das an der Verminderung der Ausgaben und Einschränkung auf allen Gebieten mit Ausnahme der Unterstützung der Familien unserer Kriegsteilnehmer.

Als hervorragendes Moment des letzten Jahres ist die Schaffung des Reichstarif zu verzeichnen, durch welchen die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Ausleihungsgebiete vorbildlich geregelt wurden, was sich als gutes Hindemittel zwischen Verband und Mitgliedern bewährt hat.

Die Beschäftigung von Kriegsgefangenen war auch oft Gegenstand von Erörterungen; sie zu beschleunigen schweberte an dem vorbandenen Arbeitermangel und auch an der Weigerung der Kollegen, ihren Arbeitsort zu wechseln und an Plätzen Arbeit anzunehmen, wo Kriegsgefangene beschäftigt werden. In der Hauptsache ging unser Bestreben dahin, zu verhindern, daß Kriegsgefangene zu Lohndrückern benützt werden können, und nach Möglichkeit den Unternehmern Arbeitslose zuzuwenden, damit ihnen die Gefangenen entzogen werden.

Die Bewegung zwecks Erzielung einer Teuerungszulage blieb in der Hauptsache auf die Lebensmittelbranche beschränkt, da die Kollegen der an-

deren Branchen, durch die Konjunktur begünstigt, eine wesentliche Lohnverbesserung verzeichnen konnten.

Die Zerbrände in den Reichstarif einzubringen, übertrug an dem Widerstand der Unternehmer. In hervorragendem Maße ließ die Verbändeleitung es sich angelegen sein, an der Kriegsfürsorge mitzuwirken. Dabei wäre es erwünscht, wenn auch alle Kollegen diesem Zwecke gewerkschaftlicher Tätigkeit das verdiente Verständnis entgegenbringen. Der Versuch, mit den in Betracht kommenden Unternehmerorganisationen eine zentrale Arbeitgemeinschaft zwecks Fürsorge Kriegsbeschädigter zu schaffen, ist leider nicht geglückt. Wohl aber drückte oder auf 1. Jänner Bezirke beschränkte Fürsorgegemeinschaften konnten gebildet werden, und steht zu hoffen, daß sie die gebotenen Erwartungen auch erfüllen.

Wang besonders würdige Kollege Plum die jetzigen Teuerungszulagen, welche auch nach dem Kriege nicht sofort beseitigt werden dürften. Das läßt darauf schließen, daß die gewerkschaftlichen Kämpfe an Umfang und Schärfe außerordentlich zuzunehmen werden. Diese Umstände werden die Arbeiter zusammenführen und dazu beitragen, den gewerkschaftlichen Gedanken zu fördern.

In der sehr ausgedehnten Debatte wurden die getroffenen Maßnahmen der Verbändeleitung aufgegeben und vielfach Vorschläge aus der Praxis für die Praxis gemacht. Von allen Rednern wurde das einmütige Zusammenhalten der Kollegen innerhalb des Verbandes als erste Grundlage gefordert. Regere Beteiligung an Verbandeleben, regelmäßige Abhaltung der ordentlichen und Monatsbeiträge sowie Aufklärung unter den Indifferenten werden uns den erzielbaren Zielen näher bringen. Mächtig wurde betont, daß für eine Befürchtung um den Bestand unserer Organisation kein Grund vorliegt. Wenn erst die Kollegen aus dem Felde heimkehren, wird unser Verband größer und fester sein als dastehen.

In seinem Schlußwort wies Kollege Plum darauf hin, daß die Arbeiterschaft sich mehr als bisher um die handelspolitischen Interessen wohl kümmern müssen, um ein von Verhältnissen getragenes Urteil bei der Gestaltung der zukünftigen Wirtschaftslage fällen zu können. Der Krieg wird Umwälzungen in sozialistischem Sinne nach sich ziehen, da heißt es für die Arbeiterschaft, sich den kommenden Dingen gegenüber gewachsen zu zeigen.

Folgende Entschlüsse und der Kriegsbeschädigtenfürsorge wurde angenommen:

Die am 12. Dezember 1915 tagende Gauleiterkonferenz erachtet an, daß der Vorstand beauftragt war, ein einheitliches auf zentraler Grundlage beruhende Kriegsbeschädigtenfürsorge in unserem Gewerbe herbeizuführen. Die Verschledentartigkeit der Arbeitgeberorganisationen unseres Berufes machte eine Zentralisierung dieser Fürsorge unmöglich. Die Konferenz nimmt aber mit Genugtuung davon Kenntnis, daß von allen in Frage kommenden Unternehmergruppen ein weitgehendes Verständnis für die Wichtigkeit der Kriegsbeschädigtenfürsorge und entgegengebracht wurde. Die Möglichkeit örtlicher Abkläufe von Arbeitsgemeinschaften dürfte dadurch erleichtert sein. Demzufolge werden die Centralisierungen dringend erachtet, der Fürsorge für die heimkehrenden beschädigten Kollegen ihre möglichste Unterstützung zu gewähren.

Als Grundzüge für Kriegsbeschädigtenfürsorge ist folgendes zu beachten:

1. Unterbringung des Kriegsbeschädigten in seine alte Stellung resp. in gleichartige Stellung eines anderen Betriebes. Sofern die Verdreifachung erheblicher Natur ist, die eine Beschäftigung in unserem Berufe unmöglich macht, soll passende Arbeit in einem anderen Gewerbe beschafft werden.

2. Die Rente darf bei der Bemessung der Lohnhöhe in keiner Form in Anrechnung gebracht werden. Im übrigen erhält der Kriegsbeschädigte im Stücklohn die üblich festgesetzten Lohnsätze. Bei Lohnarbeit entscheidet die Leistungsfähigkeit des Kriegsbeschädigten unter Berücksichtigung der im Gewerbe üblichen Bedingungen; dort, wo Tarifverträge bestehen, sind diese einzuhalten.

3. Die aus vorstehenden Punkten sich ergebenden Differenzen zwischen Kriegsbeschädigten und Unternehmern sollen durch paritätische Kommissionen geregelt werden.

4. Die Abkläufe von Arbeitsgemeinschaften und Verträge in der Kriegsbeschädigtenfürsorge sind unabhängig von den bestehenden Tarifverträgen der einzelnen Berufsgruppen.

Ferner spricht die Konferenz die Erwartung aus, daß unsere Mitglieder sich überall bereitwillig den örtlichen kommunalen Fürsorgestellen für die Berufsberatung der verletzten Krieger mit Rat und Tat zur Verfügung stellen.

Da das Kriegsende noch nicht voraussehen ist, auch nicht, welche Arbeiten sich bei Beendigung des Krieges zusammenbringen werden und unbedingt erledigt werden müssen, wurde beschlossen, die schon einmal vertagte Generalversammlung auch nicht im Jahr 1916 abzuhalten. Es sei bemerkt, daß der Krieg

so frühzeitig beendet wird, daß die Vorarbeiten genügend durchgeführt werden können. Vorstand und Ausschuss wurden beauftragt, die Wahl des Termins für die Generalversammlung zu treffen.

Am 1. Januar gelangen die Bestimmungen des Unterstützungsreglements betr. Arbeitslosenunterstützung zur vollen Geltung, wohngegen es für die Unterbringung bei Arbeitsstellen bei dem durch den Krieg geschaffenen Zustand verbleiben muß.

Nach einer Verfügung des Reichsversicherungsamtes sind die Krankentassen berechtigt, das Krankengeld um den Teil des Bezuges zu kürzen, welcher den durchschnittlichen Verdienst übersteigt. Das hat zur Folge, daß verschiedene Krankentassen die von den Gewerkschaften gewährte Unterstützung anrechnen. Es werden die Gewerkschaftsmitglieder geschädigt, wenn nicht seitens der Verbände Vorkehrungen getroffen werden. Aus dem Grunde empfiehlt es sich, in diesen Fällen die Tagessätze zu kürzen und dafür die Bezugsdauer zu verlängern, so daß die Mitglieder doch in den Genuss der ihnen zuzubehörenden Höchstsumme kommen. Ein in diesem Sinne vom Vorstand und Ausschuss gestellter Antrag wurde einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag, den Familien der im Felde gefallenen Krieger die Hälfte der statutarischen Beerdigungsbeträge zu gewähren. Bisher wurden die Ausgaben aus dem Sammelfonds bestritten, ab 1. Januar 1916 übernimmt sie die Hauptkasse.

Um den Kriegsinvaliden bez. ihrer Vertragsleistung weitestmöglich entgegenzukommen, können sie nach Ausweis über die endgültige Entlassung aus dem Heere, bei erheblicher Beschränkung ihrer Erwerbstätigkeit von dem Rechte Gebrauch machen, das durch den § 6 Absatz 5 des Statuts gegeben ist, wodurch ihnen die Vertragsleistung der weiblichen Mitglieder gestattet wird.

Eines der schwierigsten Probleme dürfte die Unterstützung der heimkehrenden Krieger nach Friedensschluß sein. Daß die Gewerkschaften hier Mittel zur Verfügung bereithalten, darüber herrscht Einmütigkeit. Doch laßt über die Höhe und Dauer der Bezüge heute noch nichts Bestimmtes gesagt werden. Es fehlt die Überbrückung, in welcher Weise die Entlassungen vor sich gehen und wie der Bedarf an Arbeitskräften sich gestalten wird. Einig war sich die Konferenz darin, daß die von unserem Verbande zu treffenden Maßnahmen mit denen der übrigen Gewerkschaften möglichst konform gehen sollen. Hoffentlich läßt sich hier eine Einigkeit unter den Verbänden erzielen. Die Verbändeleitung wird es sich angelegen sein lassen, die genannten Vorschläge bei Festlegung von Unterstützungen an heimkehrende Krieger zu berücksichtigen.

Kollege Weinschild referierte über den Ablauf der Tarifverträge im nächsten Jahre und Kollege Riedel über den Reichstarif in der Lederwarenindustrie, seine Wirkung auf Arbeiter, Unternehmer und Behörden. Die Konferenz hat nach eingehender Debatte in vollständiger Einmütigkeit die vorgetragenen Richtlinien anerkannt und dem Zentralvorstand dementsprechende Aufträge erteilt.

Unter Punkt "Verschiedenes" wurde auf den Beschluß einer vorjährigen Vorstandskonferenz hingewiesen, wonach Leberzotten aus anderen Organisationen nicht statgegeben werden kann.

Zur Vermeidung einer größeren Ausbehnung der Heimarbeit ist eine Bewegung in Fluß, für erwerbsfähige Frauen Halbtagsschichten in Fabriken einzuführen. Wenn keine Gefahr wegen Verlängerung der Arbeitszeit, Schwächung des Arbeitsschubes und der Lohndrückerei damit verbunden ist, soll diese Bewegung von uns kräftig unterstützt werden; ist sie doch geeignet, einem der größten Übel im Produktionsprozeß zu begegnen.

Das bereits in unserer Zeitung angepriesene Buch von Umbreit: 25 Jahre Gewerkschaftsbewegung soll an unsere Mitglieder zum Preise von 1 Mk. pro Stück und das Buch: Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis zum Preise von 90 Pf. pro Stück abgegeben werden, trotzdem der Selbstkostenpreis ein weit höherer ist.

Anfang Januar erscheint eine gewerkschaftliche Arbeiterinnenzeitung, welche alle 14 Tage unseren weiblichen Mitglieder kostenlos verabfolgt wird. Da diesem neuen Blatt die weitestgehende Verbreitung gewünscht wird, dürfte es sich empfehlen, daß auch unsere männlichen verheirateten Mitglieder für ihre Frauen darauf abonnieren. Preis 40 Pf. pro Quartal.

Empfohlen wurde noch, arbeitslose Sattler zu bewegen, Beschäftigung in der Privatindustrie anzunehmen und nicht immer auf Militärdienst zu warten, die doch im Abflauen begriffen ist.

In seinem Ueberblick über den Verlauf der zweitägigen Sitzung konnte Kollege Plum mit Befriedigung feststellen, daß alle Teilnehmer von dem Gedanken getragen sind: Unser Verband hat im Verlaufe des Krieges seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan und ist in der Lage, auch in Zukunft allen berechtigten Wünschen Rechnung zu tragen.

zu können. Voraussetzung ist, die Mitglieder müssen nur wollen und danach trachten, jeden Zwist und Hader aus dem Rahmen der Gewerkschaftstätigkeit auszuschalten.

Wir wünschen uns diesem Wunsche vollauf an und geben der Hoffnung Ausdruck, daß alle Sattler, Portefeuller und alle Berufsangehörigen den Geist der Zeit begriffen haben und sich vollzählig an der Lösung gewerkschaftlicher Aufgaben beteiligen, damit auch unsere aus dem Felde heimkehrenden Krieger den Verband in seiner vollsten Kraft wiederfinden. In diesem Sinne wirken zu wollen, sei unsere Parole für das kommende Jahr.

### Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis.

Im Verlage der „Internationalen Korrespondenz“, A. W a n n e r, Berlin-Karlshorst, ist soeben ein von Wilhelm J a n s s o n herausgegebenes Sammelwerk mit dem Untertitel: „Ein gewerkschaftliches Kriegsbuch“ erschienen, für welches 14 bekannte Gewerkschaftsführer und zwei auf dem Gebiete der Sozialpolitik und Arbeiterversicherung hervorragende Gewerkschaftler Beiträge geleistet haben. Während das Buch der Zwanzig: „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland“, dem auch wir in unserem Organ eine eingehende Besprechung würdigten, sich in der Hauptsache mit Fragen beschäftigte, deren Lösung der Zukunft vorbehalten bleibt, stellen sich die Mitglieder des gewerkschaftlichen Kriegsbuches auf realen Boden. Sie haben den glücklichen gelungenen Versuch gewagt, an der Hand von Tatsachen auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete dem Beweis zu führen, warum es den Interessen der deutschen Arbeiter entspricht, daß Deutschland siegreich aus dem Weltkriege hervorgehen muß. Ganz selbstverständlich sind sämtliche Mitarbeiter eines Sinnes in dem Wunsche auf baldigen Frieden, wohingegen die Meinungen über die Fragen des Schutzzolles auseinandergehen. Einige wollen völligen Abbau, andere geben bedingt die Berechtigung eines Schutzzolles zu. Ihre Ansichten stützen sich auf die Verhältnisse ihres Berufes und in welchem Maße die von ihnen besprochenen Gewerbe am Außenhandel beteiligt sind.

Von dem Grundsatz ausgehend, daß Sozialpolitik und Wirtschaftsorganisation eng miteinander verknüpft sind, und in der Voraussetzung, daß ein für Deutschland siegreicher Abschluß des Weltkrieges das Wirtschaftsleben bald wieder erstarren lassen wird, wodurch auch die Gewerkschaften aktionsfähig werden, erörtert Genosse N o b e r t S c h m i d t die Erfüllung programmatischer Forderungen der Arbeiter auf dem Gebiete der Sozialpolitik, die Arbeiterinnen- und Jugendbildung, freies Betätigungsfeld für die Gewerkschaften, Ausbau der Arbeiterversicherung, Verwaltung des Arbeitsnachweises, Errichtung von Arbeitskammern. Die Maßnahmen der Militärverwaltung bei Verpachtung von Arbeiten, besonders die Vorschriften bezüglich der Einschränkung der Deimarbeit sind für die Friedenszeit zu übernehmen, ebenso die Organisierung zwecks Verteilung der Lebensmittel. Wenn die deutsche Arbeiterschaft nach dem Kriege nicht in einem wüsten Streit die Kräfte lähmt, dann werden wir um so leichter über die Leiden des Krieges hinwegkommen.

Genosse R u d o l f W i s s e l l beleuchtet die Wirkungen der Arbeiterversicherung, von der nicht nur die Arbeiter, sondern auch das ganze Volk Nutzen hat, ohne zu verschweigen, daß ihr noch manche Mängel und Unzulänglichkeiten anhaften. Vergleichszahlen aus dem Auslande lassen erkennen, daß die deutsche Arbeiterschaft die Ertragsleistungen in bezug auf Arbeiterversicherung nicht missen will. Wissell gibt ein gedrängtes Bild, wie es ausschauen würde, wenn Deutschland unterliegen müßte. Er schreibt:

„Im Osten und Westen wesentlicher Gebietsteile beraubt, im Innern der Zusammenhang der Bundesstaaten geteilt, finanzielle Opfer unerhörter Art an die Sieger, jede Möglichkeit industrieller Entwicklung unterbunden, würde das wirtschaftliche Leben zurückgeschraubt werden auf einen Stand, der es ganz ausgeschlossen erscheinen läßt, eine Arbeiterversicherung auch nur annähernd des bisherigen Umfangs aufrechtzuerhalten.“

Wie eine Niederlage Deutschlands auf die Arbeiter des Vaugewerbes wirken dürfte, stellt Genosse W i n n i g in anschaulicher Weise dar:

„Die eintretende Arbeitslosigkeit würde zunächst ihre Organisationen sehr schwächen; die Verbände würden ihre besten Kräfte aufzehren, ohne doch den schlimmen Folgeerscheinungen der Massenarbeitslosigkeit wehren zu können. Der Kampf um den Arbeitsplatz würde alle Bande der Solidarität zerstören, das Selbstbewußtsein der Arbeiter töten und alle Widerstandskraft gegen die zunehmenden Verdrängungen durch das Unternehmertum vergehen. Dieser Zustand müßte allmählich zur völligen Ohn-

macht der Organisation führen und damit alles aufleben, was sich die Bauarbeiterschaft in den Kämpfen eines Menschenalters errungen hat.“

„Einen Einblick in die Verwerflich- und Hüttenindustrie gewährt uns die Arbeit des Genossen O t t o S u e, der einer dauernden und friedlichen Verständigung der Kulturenationen bis Wort redet, unter der Voraussetzung, daß Deutschland als gleichberechtigt im wirtschaftlichen Wettbewerb zu gelten hat.“

An der Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials gibt Genosse H e i n r i c h S c h n e i d e r ein Bild über die chemische Industrie Deutschlands und der darin beschäftigten Personen. Trotz manchen von dem der meisten Mitarbeiter abweichenden Urteils in bezug auf die Schutzkollektivistik er doch seine Meinung in dem Saße zusammen.

„Die Arbeiter der chemischen Industrie Deutschlands haben ein sehr lebhaftes Interesse daran, daß dieser Krieg durch einen Frieden beendet wird, der die deutsche Industrie sicher gegen alle Verdrängungen, die ihre Vernichtung oder Schädigung zum Ziel haben.“

Genosse E m i l M o t h bespricht mit Recht, daß die englische Kleinrentiererschaft auf dem Meere auch die Ausfuhr graphischer Erzeugnisse nach den überseeischen Ländern aufs ärgste bedroht und meint:

„Ein Sieg des Bierverbandes wäre gleichbedeutend mit dem Abschneiden des Landweges nach den Balkanstaaten und Asien. Ein geschlagenes und zersplittertes Oesterreich, das seinen einzigen Ausfuhrhafen verloren hätte, würde uns keine 47,8 Millionen Mark Erzeugnisse der Papierverarbeitung wie im Jahre 1912 abkaufen können, gegenüber einer Einfuhr aus Oesterreich von 10,45 Millionen Mark.“

Dadurch, daß wir die Interessen unseres eigenen Landes und unseres Berufes wahrnehmen, beschränken wir durchaus nicht das Recht der Arbeiter anderer Länder, das gleiche zu tun.“

Die Holzindustrie gehört zu den Gewerbszweigen, die durch den Krieg wohl mit am meisten in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Genosse M. K a y s e r führt den Nachweis, wie sehr die in dieser Industrie zusammengefaßten Branchen von der Einfuhr des Rohmaterials und der Ausfuhr der Fertigfabrikate abhängig sind. Eine Beschränkung des Außenhandels würde große Not der darin tätigen Arbeiterschaft im Gefolge haben, wohingegen der Sieg Deutschlands Aussicht auf einen flotten Geschäftsgang eröffnet und damit nicht nur auf eine Steigerung der Mitgliederzahl der gewerkschaftlichen Organisation, sondern auch auf steigenden Erfolg der Lohnbewegungen und damit auf einen größeren Anteil an dem Ertrag der Arbeit.

In der Keramikindustrie werden nach Ansicht des Genossen G i r b i g die Wirkungen des Krieges noch lange Jahre nach dem Kriege fortbestehen, „und das vor dem Krieg vorhandene freundschaftliche Verhältnis der Nationen zueinander wird sich nicht so leicht wiederfinden. Ja, es ist zu befürchten, daß, wenn diejenigen Nationen, mit denen wir im ständigen Handelsverkehr standen, gedemütigt werden, dann die bisherigen günstigen Handelsbeziehungen sehr stark beeinträchtigt werden. Aus diesem Grunde haben auch die Arbeiter derjenigen Industriezweige, die bisher in besonders starkem Maße nach dem Auslande exportierten, ein ungemein hohes Interesse an der Gestaltung unserer Handelsbeziehungen nach dem Kriege.“

Unser Verbandsvorsitzender Kollege P e t e r B l u m hat einen längeren Beitrag über die Leder- und Lederbearbeitungsindustrie beigefeuert, auf den wir wegen seines großen Interesses für unsere Kollegenschaft in nächster Zeit noch zurückkommen werden. Kollege B l u m betont:

„Deutschland muß siegen! Wir müssen siegen, wollen wir in der Zukunft das besitzen, was uns die Vergangenheit durch unseren Fleiß und Streben fast erworben hat. Der deutsche Arbeiter hat vieles zu verlieren. . . . Unser Ziel ist nicht Vernichtung der englischen noch der französischen Produktion, sondern die Abwehr der gegnerischen Verdrängungen, deutsche Kultur, deutschen Handel und deutsche Arbeit vom Weltmarkt auszuschalten. Was wir verlangen, ist die Freiheit der deutschen Arbeit.“

Wie sehr die Metallindustrie von einem siegreichen Ende des Weltkrieges beeinflusst wird, besagen die vom Genossen J o h. S c h e r m aus dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1915“ wiedergegebenen Zahlen. Danach betrug der gesamte auswärtige Spezialhandel mit den deutschen Kolonien, der für unsere Metallindustrie noch von keiner großen Bedeutung ist, dem Werte nach in der Einfuhr 10 769,7 Millionen Mark, in der Ausfuhr 10 097,2 Millionen Mark. Davon entfielen auf die Metallindustrie 879,2 bzw. 3357,2 Millionen Mark. Mit wenigen Ausnahmen handelt es sich bei den Ausfuhrerzeugnissen der deutschen Metallindustrie um solche Gattungen von Fertigwaren, in denen viel menschliche Arbeitskraft steckt. Dadurch haben sie

ihren verhältnismäßig hohen Wert. Würde ihre Ausfuhr unterbunden, so würde das nicht nur für die unmittelbar mit ihrer Herstellung beschäftigten Arbeiter üble wirtschaftliche Folgen haben, sondern, wie leicht zu erkennen, auch für alle, die bei der Anfertigung von Hilfswerkzeugen, Maschinen usw. zur Erzeugung der Ausfuhrwaren tätig sind.

Genosse F e l i x W e i d e r wartet mit einem Beitrag aus der Nahrungsmitteleindustrie auf. Genosse S. S t ü h m e r hat die Schneiderei, Konfektion und Wäscheindustrie behandelt, welche insgesamt mit 88 607 000 Mk. an der Ausfuhr des Jahres 1913 gegenüber 73 908 000 Mk. des Jahres 1912 beteiligt war. Nach den Ausführungen des Genossen A. S t a n d i n g e r würde bei einer Niederlage Deutschlands die Steinindustrie nicht nur durch den Mangel an Einfuhr von Plastersteinen und Marmor leiden, auch das Reich, die Bundesstaaten und die Städte müßten sich bei Ausschmückung öffentlicher Bauten bedeutende Beschränkungen auferlegen oder gar aus Mangel an Geld auf die Anwendung des teuren Steinmaterials verzichten, was keine Nachwirkungen auch auf den Privatbedarf haben dürfte.

Die Textilindustrie ist wie keine andere auf die Rohstoffzufuhr angewiesen. Sie zu unterbinden ist nach den Bestreben Englands. Genosse K r ä b i g ist der Meinung, daß eine Niederlage Deutschlands in diesem Kriege dazu führen würde, daß der deutschen Textilindustrie das harte Los des Dahinstehens zuteil würde.

Die Frage Sieg oder Niederlage Deutschlands ist für die im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Personen geradezu eine Lebensfrage. Genosse P a u l W i l l e r führt an der Hand amtlicher Zahlen den Nachweis von dem Umfange, mit dem Deutschland an dem internationalen Verkehr beteiligt ist.

Der Herausgeber des Sammelwerkes Genosse W i l h. J a n s s o n gibt in seinem Schlußartikel „Mahnwörter“ eine Zusammenfassung des Kriegsbuches, worin er hervorhebt, daß die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 4. August 1914 durchaus den Interessen der Arbeiter entspricht und deshalb einmütige Befriedigung bei den Gewerkschaften ausgedrückt hat.

Ein Verbandsorgan muß sich bei Wiederbesprechungen räumlich sehr beschränken. Wenn wir mit dieser Arbeit über den sonst üblichen Rahmen hinausgegangen sind, ohne es auch nur im entferntesten in erschöpfender Weise gewürdigt zu haben, so ist es geschehen, um das Interesse für dieses Buch zu wecken und unsere Kollegen dafür zu interessieren, zumal unser Verbandsvorstand sich bereit erklärt hat, es an Verbandsmitgliedern für 0,90 Mk. abzugeben. Bestellungen sind an die zuständigen Ortsverwaltungen zu richten.

### Arbeiterinnenlöhne und die Arbeiterzeiterzeugung.

Recht häufig wird behauptet, Frauen seien im allgemeinen anspruchsvoll. Zu anspruchsvolle Frauen sollen des öfteren die Familien ins Elend, die Männer ins Unglück gestürzt haben. Weil die Frauen zu anspruchsvoll sind, kommen sie auch mit ihren Einnahmen, z. B. ihren Verdiensten, der Kriegsunterstützung usw. nicht aus. Wegen dieser Eigenschaft ziehen die Mädchen vom Lande in die Stadt, verlassen sie den Dienst und suchen andere Arbeit. Wenn es sich aber um Bemessung der Löhne für Arbeiterinnen handelt, haben Frauen auf einmal weniger Ansprüche als die Männer. Darans leiten dann Unternehmer das Recht her, den Arbeiterinnen für die gleiche Arbeit weniger Lohn zu geben als den Arbeitern.

Diese Praxis ist so alt wie die Frauenerwerbsarbeit. Sie ist übernommen worden aus einer Zeit, in der Frauenerwerb fast ausschließlich im Hause und für die Häuslichkeit ausgeübt wurde. Aus einer Zeit, die eine ganze Reihe Arbeiten, die heute Industriezweige sind, als Arbeiten des Einzelhaushaltes und der darin tätigen Frauen kannte. Diese Betätigung wurde nicht in Geld umgesetzt und auch nicht nach dem vollen Werte bemessen. Den Frauen wurde dadurch der Wert ihrer Arbeit nicht bewahrt. Das ist nun beinahe auch heute noch der Fall. Würden nämlich die weiblichen Arbeitskräfte wissen, um wieviel geringer als männliche Arbeitsleistung ihre Tätigkeit eingeschätzt wird, und würden sie, wo sie solche Erfahrungen machen, darüber und über die Folgen dieser Bemessung nachdenken, sie ließen sich die übliche geringere Bezahlung ihrer Arbeit doch nicht so ohne weiteres gefallen, wie es bis jetzt noch immer geschieht. Selbst während des Krieges, zu einer Zeit, als Arbeitskräfte knapp waren, wurden sogar in den durch Seereschiffe stark beschäftigten Betrieben Frauen ganz bedeutend niedrigere Löhne geboten, als für die Männer gezahlt wurden, an deren Stelle die weiblichen Arbeitskräfte getreten waren.

\*) Preis 2 Mk., gebunden 3 Mk. Vereinsausgabe für Mitglieder der Organisation 1,20 Mk.

Den Unternehmern gerät dies natürlich, und man kann es ihnen nicht einmal verdenken. Die Sache kann aber böse Folgen haben, von denen auch die Männer betroffen werden. Dies ergibt sich aus der gegenwärtigen und der nach dem Kriege zu erwartenden Situation auf dem Arbeitsmarkt.

Während des Krieges sind Frauen in großer Zahl an Plätze gerückt worden, die durch Entweichen der Männer zum Vordienst frei wurden. Viele von diesen kommen nicht mehr wieder. Sie haben ihr Leben draußen im Kampf verleben. Andere haben ihre geistigen Gewohnheiten eingebüßt und sind für die frühere Tätigkeit nicht mehr verwendbar. Hunderttausende aber kommen zurück und sind nach wie vor auf Erwerbsstellen angewiesen. Von diesen werden viele ihre Plätze durch Frauen besetzt finden, die ebenfalls auf Verdienen angewiesen sind. Da wird dann ein Kampf um den Arbeitsplatz einleiten. Diese Wahrscheinlichkeit ist jetzt schon vielfach Gegenstand der Erörterung geworden.

Unser Wirtschaftsleben ist nicht so gestaltet, daß eine gleichmäßige Verteilung der Arbeitskräfte nach Bedarf und eine ebensolche Verteilung der Arbeit möglich ist. Wir sind nicht einmal imstande, den Umfang des Bedarfs nach Arbeitsstellen und nach Arbeit abzuwehren zu können. Deshalb wird es leider nach dem Kriege, wenigstens in der ersten Zeit, zu Störungen kommen, die wahrscheinlich größer und in ihren Wirkungen schlimmer sein werden als die der wirtschaftlichen Krisen waren, deren wir in den letzten sechs bis sieben Jahren vor Kriegsausbruch zwei erlebt haben. Ja, sie können sogar die nach Kriegsausbruch eingetretenen Störungen übertreffen.

Nun werden Stimmen laut, die da verlangen, daß die Frauen, die an die Stelle eingegangener Männer getreten sind, ihre Arbeitsplätze verlassen müssen, wenn die Männer wiederkommen. Andere wieder fordern die Verbechtung der Frauenarbeit. Dies geschieht allerdings aus zweierlei Gründen. Ein Teil will den Frauen die dringend benötigte Erwerbs Gelegenheit lassen, ein anderer Teil will sie beiseitehalten wegen ihrer Billigkeit.

Nur wird es nicht möglich sein, weder das eine noch das andere streng durchzuführen, auch aus persönlichen Gründen. Schon deshalb nicht, weil die interessierten Kreise, die Arbeitnehmer so wenig wie die Arbeitgeber, die Macht dazu haben. Wo Frauenarbeit während des Krieges nur infolge Ausschaltung der Arbeiterinnenbeschäftigungen durch die Folgefolge vom 4. August 1914 ermöglicht wurde, wird sie mit Inkrafttreten der Schutzbestimmungen wieder verboten werden. Praktisch ist sie allerdings in den betreffenden Berufen auch dann noch nicht beseitigt. Anders aber steht es in den Recuten, die neu den Frauen erschlossen sind. Hier wird es erst längerer Zeit bedürfen, um festzustellen, ob aus Gesundheitsrückichten die Frauenarbeit grundsätzlich weiter gestattet oder verboten werden soll. Sie von vornherein zu verbieten, wird nicht anstehen, einmal, weil — wie bereits erwähnt — dies praktisch wohl nicht durchzuführen ist, dann aber auch nicht, weil eine Anzahl der beschäftigten Frauen Verdienst haben müssen und die Lebensnot nicht leicht ist, ob genügend Männer für die benötigte Arbeit vorhanden sein werden.

Man kann die Sorge verstehen, die schon jetzt beide Teile, Männer und Frauen, befällt, wenn sie an die Zukunft denken.

Notwendig ist deshalb, daß die Vertreter der Interessen der arbeitenden Bevölkerung, die Arbeiterorganisationen, dieser Frage Beachtung schenken und sie zu lösen versuchen, ohne daß der eine Teil besonders Schaden erleidet. Die Wirksamkeit der Organisationen wird freilich stark beeinträchtigt durch das schlechte Organisationsverhältnis der Arbeiterinnen. Weil die weiblichen Arbeitskräfte in ihrer Mehrzahl bisher so wenig Interesse für die Organisation gezeigt haben, ist eine Schädigung ihrer Position nach dem Kriege leicht möglich. Wie sehr sie dann aber sich selber die Schuld beizumessen haben, zeigt eine Veröffentlichung in der „Deutschen Arbeiterzeitung“, dem Zentralorgan der deutschen Arbeitgeberverbände. Dort wurde nämlich der Beibehaltung der weiblichen Arbeitskräfte nach dem Kriege das Wort geredet, und zwar wegen ihrer Billigkeit. Dabei wird nicht etwa angegeben, daß Frauenarbeit zu gering entlohnt wird. Im Gegenteil heißt es:

„Die sozialistische Behauptung aber, daß die Frauen, wenn sie für bestimmte Leistung mehr den gleichen Lohn begähen wie der Mann, zu geringen Lohn erhalten, wird in den meisten Fällen dahin umgedeutet sein, daß nicht die Frau zu wenig, sondern der Mann relativ zu viel Lohn erhält, wenn seine Arbeitskraft mit der betreffenden leichten Handhabung ausgefüllt wird.“

Das ist deutlich und heißt nichts anderes, als daß die starke Zunahme der Frauenerwerbsarbeit, die der Krieg veranlaßt hat, nach seiner Beendigung

zum Herabdrücken der Männerlöhne benutzt werden soll. Davon hätten aber auch die Frauen Schaden, denn dadurch würde immer mehr Familien die Möglichkeit genommen, ohne Erwerbsarbeit der Frauen auskommen zu können, und immer mehr wären, anghängende, eine Familie zu gründen.

Das können die erwerbstätigen Frauen nicht wollen. Verhindert werden aber kann es nur, wenn die weiblichen Arbeitskräfte gemeinsam mit ihren Arbeitsgenossen in den gewerkschaftlichen Organisationen die Gestaltung des Wirtschaftslebens beeinflussen und als organisierte Arbeitskräfte teilnehmen an dem Streben nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Männer und Frauen nach dem Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Leistung.

**Soziales.**

**Wichtig für Wöchnerinnen!** Nach Entscheidung des Reichsverordnungsamtes kann das Wochenlohn für zwei Wochen vor der Niederkunft auch ohne ausdrückliche Zahlungsbestimmung gezahlt werden, da es sich hierbei um eine gesetzliche Entschädigung für die Mütter handelt, von der nach pflichtgemäßem Ermessen Gebrauch zu machen ist. Es würde auch entschieden, daß in jedem Fall für acht Wochen Wochenlohn zu zahlen ist, auch wenn die Wöchnerin als sonstige Kranke für zwei Wochen vor der Entbindung Krankengeld bezogen hat. In der Begründung heißt es: „Aus der Vorrichtung des Gesetzes, daß von dem Wochenlohn für acht Wochen mindestens sechs in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen, ist zu folgern, daß die Mütter auch bereits für einen vor der Niederkunft liegenden Zeitraum von zwei Wochen Wochenlohn gewährt darf. Inwieweit stellt sich das Wochenlohn dann als eine Art Schwangerengeld dar. Diese der Mütter hier eingeräumte Vergütung kann aber lediglich dahin verstanden werden, daß die Mütter unter Umständen ihre Leistung an Wochenlohn, die im allgemeinen erst mit der Niederkunft beginnt, um zwei Wochen zeitlich verziehen kann. Daraus folgt aber noch nicht, daß die Leistung in diesem Umfang dann wegfällt, wenn die Mütter für diese Zeit bereits Krankengeld bezogen. . . . Es muß vielmehr angenommen werden, daß es dann der Mütter nicht mehr möglich ist, von der ihr durch das Gesetz eingeräumten Vergütung Gebrauch zu machen. In solchen Fällen kann die Dauer des Wochenlohnbezuges vielmehr erst von der Niederkunft ab berechnet werden. . . .“ Und muß dann, also für acht Wochen gezahlt werden, auch wenn die männliche Wöchnerin vorher Krankengeld bezogen hat.

**Rundschau.**

Die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln, ihre gleichmäßige Verteilung und die Festlegung angemessener Preise sind nach immer die wichtigsten innerpolitischen Fragen, die unser Volk beschäftigen. Gänzt doch von ihrer richtigen Lösung zu einem guten Teile der glückliche Ausgang des Krieges ab. Wir sind darin sicher schon ein gutes Teil vorwärts gekommen, aber es müssen doch immer wieder viele Schwierigkeiten, die sich einer glatten Lösung von neuem entgegenstellen, überwunden werden. Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen hatte daher auch in der letzten Zeit reichliche Gelegenheit, für die Interessen der Verbraucher energisch einzutreten. Er hatte u. a. in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern zur Behebung des recht unangenehmen Schweinefleischmangels eine Reihe zweckdienlicher Maßnahmen vorgeschlagen. Unter anderem verlangte er darin das Verbot des Vorverkaufs und die Einführung von Schlüsseln im Viehhandel, eine natürliche Staffelung der Fleischpreise, die Beschränkung der Fleisch- und Wurstverarbeitung und Festlegung von Preisen für Wurstwaren, die in einem angemessenen Verhältnis zum Frischfleisch stehen. Auch bei Rindern und Minderfleisch hält er die baldige Einführung von Höchstpreisen für unbedingt erforderlich.

Der Ausschuss wandte sich auch ganz energisch gegen die neuerlichen Bestrebungen der Zuderfabrikanten auf Erhöhung der Zuderpreise um weitere 25 Proz. Er wies dabei besonders auf die große Bedeutung des Zuders als Lebensnotwendigkeit hin und bezeichnete die angestrebte Erhöhung angesichts der außerordentlichen Gewinne der Zuderfabriken als durchweg unberechtigt. Man kann wohl annehmen, daß die Zuderinteressenten mit ihren Verteuerungsbestrebungen keinen Erfolg haben werden.

Nachdem neuerdings auch Höchstpreise für Gemüse festgesetzt wurden, macht sich eine große Unzufriedenheit darüber bei den Gemüsegroßhändlern bemerkbar. Sie behaupten, daß für die festgesetzten Preise kein Gemüse vom Auslande eingeführt werden könne. Demgegenüber machte der Kriegsausbruch geltend, daß die jetzigen Höchstpreise noch weit über den im Vorjahre üblichen Preisen liegen, trotzdem auch da schon anormale Zeiten waren und die

vorjährigen Preise ebenfalls schon über den in der Friedenszeit üblichen Preisen standen. Man könne daher kein allzu großes Gewicht auf die Einmündung der Großhändler legen. Wenn der Handel verlangt, müßten die Gemeindeverwaltungen einwirken und die ausreichende Beschaffung von Gemüse sichern.

**Schaunmachung des Zentralvorstandes.**

**Abrechnungsmaterial.**

Zum Anfang dieser Woche wurde den Ortsverwaltungen das Material für die Abrechnung des IV. Vierteljahres 1915 zugestellt.

Gelder und Abrechnung für das laufende Vierteljahr sind spätestens bis zum 15. Januar 1916 an den Hauptkassierer einzuliefern. Desgleichen sind auch die Listen für die Unterstützungsgelder, welche an die Frauen der im Felde stehenden Mitglieder ausgezahlt wurden, mit der Verbandsabrechnung einzuliefern.

**Gelbe Karten.**

Mit diesem Material gehen den Ortsverwaltungen die gelben Karten für das letzte Vierteljahr und die Aufnahme am 31. Dezember zu. Die Ortsvorstände werden ersucht, festzustellen, wieviel Arbeitslose am 31. Dezember angemeldet sind. Diese Karte ist bis zum 9. Januar an den Vorstand einzuliefern.

**Kriegsstatistik.**

Gleichzeitig geht den Ortsvorständen ein Fragebogen zu für die siebente Kriegsstatistik. Diese Fragebogen sind mit der Abrechnung, spätestens aber bis zum 15. Januar, an den Vorstand einzuliefern.

**Keine Neuwahl der Ortsverwaltungen.**

Infolge der Kriegsverhältnisse ist zu empfehlen, von dem in § 12 Abs. 2 im Januar vorgezeichneten Neuwahlen der Ortsverwaltungen Abstand zu nehmen. Es wird erwartet, daß die Funktionäre es als ihre Pflicht erachten, die von ihnen bekleideten Posten weiter zu behalten.

**„25 Jahre deutsche Gewerkschaften.“**

Dieses, von der Generalkommission herausgegebene Buch soll eine möglichst weit Verbreitung finden. Der Vorstand wird dieses Buch trotz des höheren Preises für 1 Mk. an die Mitglieder abgeben. Bestellungen sind an die Ortsverwaltungen zu richten, welche diese dann an uns weitergeben. Die Ortsverwaltungen erhalten außerdem ein Exemplar für die Bibliothek und bleibt dieses Eigentum des Verbandes. Bestellungen auf dieses Buch sind bis Ende dieses Monats aufzugeben. Die Lieferung erfolgt Ende Januar 1916.

Der Vorstand.

**Anzeigen**

**Lederstücke!**

Schwarz, Geschirrtücher, mittel- und großstückig, Bund R. 2,10.

Orange, Wandtücher, mittelstückig, Bund R. 1,80.

Muster nicht unter 5 Pfund gegen Rücknahme.

**Karl Hilbert,**  
Wiesbaden, Luisenstr. 5.

**Sattler**

für dauernde Beschäftigung per sofort gesucht. Schriftliche Angebote an

**F. S. Chieme, Magdeburg-N.**

Die besten Wertzeuge für Sattler, Portefeulier und Tapezierer liefert als Spezialität  
**Bruno Steffen,**  
Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.  
Gegründet 1890.  
Preislisten S. P. gratis und franco.